

Der Gesellschafter.

Amts- und Intelligenz-Blatt für den Oberamts-Bezirk Nagold.

N^o 138.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag und Samstag, und kostet vierteljährlich hier (ohne Trägerlohn) 80 Pfg., in dem Bezirk 1 M., außerhalb des Bezirks 1 M. 20 Pfg. Monats-Abonnement nach Verhältnis.

Dienstag 28. November

Insertionsgebühr für die 1spaltige Zeile aus gewöhnlicher Schrift bei einmaliger Einrückung 9 Pfg., bei mehrmaliger je 6 Pfg.

1893.

Zur Entlassung des Fürsten Bismarck.

Ueber die Vorgänge bei der Entlassung des Fürsten Bismarck bringt Dr. Hans Blum's Werk „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's“ allerlei Mitteilungen, die zum Teil auf Gespräche mit dem Altreichskanzler selbst zurückzuführen sind. Wir heben aus diesen Erinnerungen, in denen Altes und Neues, Bekanntes und weniger Bekanntes verflochten ist, einige interessantere Züge heraus. Ueber den direkten Anlaß zum Konflikt zwischen Kaiser und Kanzler, den vielbesprochenen Besuch Windthorst's bei Bismarck wird in Befätigung und Ergänzung früherer Mitteilungen berichtet: Sobald der Kaiser von diesem Vorgang erfuhr, sandte er den Chef des Zivilkabinetts v. Lucanus an den Reichskanzler mit dem Gebot, der Kaiser fordere vom Fürsten Bismarck, daß dieser dem Kaiser zuvorn Bericht erstatte, wenn er Abgeordnete bei sich empfangen wolle, um mit ihnen politische Gespräche zu führen. Fürst Bismarck erwiderte darauf etwa: Er bitte Sr. Majestät zu sagen, er lasse niemanden über seine Schwelle verfügen. Danach erschien der Kaiser am 15. März ganz früh, als Fürst Bismarck noch in Bette lag, im Palais des Reichskanzlers und verlangte diesen sofort zu sprechen. Fürst Bismarck kleidete sich rasch an und trat dem Kaiser gegenüber. Der Monarch fragte den Fürsten erregt, was seine Unterhandlungen mit Windthorst zu bedeuten hätten. Bismarck erwiderte, daß es sich um Privatangelegenheiten gehandelt habe. Darauf betonte der Kaiser, daß er das Recht habe, von Verhandlungen seines Kanzlers mit einem Parteiführer wie Windthorst rechtzeitig zu erfahren. Diesen Anspruch wies Bismarck mit der Erklärung zurück, daß er seinen Verkehr mit Abgeordneten keiner Aufsicht unterwerfen und über seine Schwelle niemanden gebieten lasse. Die Scene nahm dann etwa folgenden weiteren Verlauf: „Auch nicht, wenn ich es Ihnen als Ihr Souverain befehle?“ rief der Kaiser in großer Erregung. „Der Befehl meines Herrn endet am Salon meiner Frau,“ erwiderte Bismarck fest. Dann setzte er noch hinzu: Nur infolge eines Versprechens an Kaiser Wilhelm I., einst seinem Enkel zu dienen, sei er in seiner Stellung verblieben. Er sei aber gern bereit, sich in den Ruhestand zurückzuziehen, wenn er dem Kaiser unbequem werde.

Der Kaiser sandte dann den Chef des Zivilkabinetts von Lucanus an Bismarck mit der Aufforderung zur Einreichung des Entlassungsgesuches und mit der Ankündigung, der Kaiser wolle den Fürsten Bismarck bei diesem Anlaß zum Herzog von Lauenburg ernennen. Bismarck erwiderte, das hätte er schon lange werden können, wenn sein Streben danach gestanden hätte. Auch das Anerbieten einer Dotation zur standesgemäßen Führung des Herzogstitels wies Bismarck zurück, indem er ungefähr äußerte, man könne ihm doch nicht zumuten, seine Laufbahn damit zu schließen, daß er einer Gratifikation, wie sie eifrigen Postbeamten zu Neujahr zuteil werde, nachlaufe.

In Betreff der Denkschrift, in welcher Fürst Bismarck sein Entlassungsgesuch begründet, sagt Blum: Bismarck erdortete darin die Gründe, welche ihm, wenn nicht der bestimmte Befehl des Kaisers vorläge, den Rücktritt, trotz seiner Jahre und seiner Gesundheitsverhältnisse, im Staatsinteresse nicht erlaubt erscheinen ließen. Dieses sogenannte „Entlassungsgesuch“ dürfte also in Wahrheit die nachdrücklichste Begründung der Notwendigkeit von Bismarck's Bleiben im Amte erhalten haben. Daß diese Be-

gründung mit der ganzen Wucht und überzeugenden Kraft einer Staatschrift Bismarck's geführt sein wird, läßt sich bei der großen Wichtigkeit, welche der Fürst auf ihre Abfassung legte, ohne weiteres vermuten.

Ueber die Verabschiedung des Altkanzlers im Kaiserschloß (26. März) erzählt Blum: Fast anderthalb Stunden dauerte der Aufenthalt des Fürsten im Schloße. Zunächst erschien beim Eintritt die Kaiserin mit den Prinzen. Sie nahm herzlichen Abschied von dem Entlassenen, drückte dem treuen Manne fest die Hand und rief ihm ergriffen: „Leben Sie wohl!“ zu. Die Prinzen stimmten in den Ruf mit ein. Erst nach dieser Scene kam der Kaiser. Was er mit dem Fürsten gesprochen, ist nicht bekannt geworden.

Tages-Neuigkeiten. Deutsches Reich.

Nagold, 24. Novbr. Die auf gestern Abend einberufene Versammlung des hiesigen Gewerbevereins im Gasth. „3. Röhle“ hatte keinen besonders zahlreichen Besuch, destomehr ein warmes, reges Interesse für unsern Gewerbebestand. Herr Kommerzienrat Sannwald eröffnete die Sitzung und erteilte Herrn Stadtschultheiß Brodbeck das Wort. Hr. Stadtschultheiß berichtete in erläuternden Worten über die XXXV. Wanderversammlung der württemb. Gewerbevereine zu Cannstatt am 3., 4. und 5. Septbr., (siehe den bereits gebrachten Spezialbericht) an der die Herren Stadtschultheiß Brodbeck, Fabrikant Koch, Kaufm. Hettler, Buchdruckereibes. E. Zaiser und Maler Hespeler teilgenommen haben. Nachdem Redner das Kassenwesen in einigen Zahlen erläuterte, (der Verband zählt 78 Vereine mit ca. 10,000 Mitgliedern und besitzt ein Vermögen von 1928 M. 22 S.) gab er uns ein umfangreiches Bild vom Standpunkt des gewerblichen Lebens. Das erste war die Vertretung der Interessen des Kleingewerbestands durch event. Errichtung eigentlicher Gewerbeämtern. Schon im Jahre 1878 wurde in Nagold die Resolution gefaßt: „Das Handwerk ist berechtigt, die Einsetzung solcher Ämtern zu verlangen, welche in beständiger Fühlung mit der Gesetzgebung es möglich machen, daß die das Handwerk berührende Gesetze nur nach Anhören der Sachverständigen des Handwerks zu Stande kommen. Nach den vielfach erwähnten Vorschlägen des preussischen Handelsministeriums würden drei Organe die Aufgaben im Handwerk erfüllen: „Die bestehenden Innungen, die neuen Fachgenossenschaften und die neuen Gewerbeämtern. Nachdem den neuen Fachgenossenschaften der größte Teil der Rechte zufallen würde, bieten sie dann die Grundlage des Handwerks. Daraus sollen die Handwerkerämtern gebildet werden, wobei die Zahl der von den einzelnen Mitgliedern nach Anhörung Gewerbetreibender durch die höhere Verwaltungsbehörde bestimmt werden soll. Als obligatorische Aufgabe wird folgendes bezeichnet: Die Aufsicht über die Fachgenossenschaften und Innungen ihres Bezirks, die Aufsicht über die Durchführung der Vorschriften für das Lehrlingswesen, die Wahrnehmung der ihnen auf dem Gebiete des Lehrlingswesens übertragenen Obliegenheiten, Mitwirkung bei Ueberwachung der Arbeiterschutzbestimmungen, Sorge für Arbeitsnachweis, Herbergswesen und Berichterstattung über gewerbliche Fragen. Als fakultative Aufgaben wurden aufgeführt: Beratung von Einrichtungen, die

zur Förderung der Ausbildung von Gesellen und Lehrlingen und Errichtung von Fachschulen, wobei sie über An- und Abmeldung der Gesellen und Lehrlinge bei den Fachgenossenschaften Vorschriften erlassen dürfen. Für die Handwerkerämtern soll von der Landeszentralbehörde ein Kommissar bestellt werden, der die Rechte eines Mitglieds der Kammer, aber ohne Stimmrecht hat. Derselbe kann Beschlüsse der Kammer mit aufschiebender Wirkung beanstanden. Die Handwerkerämtern sollen Korporationsrechte haben. In Verbindung hiermit sollen die Befugnisse der Innungen, die sich über den Kreis ihrer Mitglieder hinaus erstrecken, aufgehoben werden. Die Kosten der Handwerkerämtern sollen, soweit sie in den sonstigen Einnahmen keine Deckung finden, von den Fachgenossenschaften durch jährliche Beiträge aufgebracht werden. Diese Vorschläge planen somit eine Zwangsorganisation des gesamten Handwerks. Zur Erleichterung der Berufswahl würde sich die allgemeine Einrichtung von Lehrlingsschulen (Handarbeitsunterricht) an den Volksschulen empfehlen, wie sie bereits in Frankreich und Oesterreich mit gutem Erfolg eingeführt sind. Diese Schulen gewähren Knaben vom 12. Lebensjahr ab neben gewerblicher Ausbildung eine Vervollständigung des Elementarunterrichts. Die Fähigkeiten und Neigungen der jungen Leute werden dadurch geweckt und die Fälle eines verfehlten Berufes werden seltener. Für die Vertretung der Interessen von Handel und Gewerbe sind als einheitliche Verbände die Handels- und Gewerbeämtern beizubehalten, und vor allem ist darauf zu sehen, daß der Kleingewerbetreibende (1/2 aus dem Kleingewerbebestand und 1/2 aus der Großindustrie) in die Handelskammer gewählt wird. Die Kosten der Handels- und Gewerbeämtern sollen nicht von der Staatskasse getragen werden, um selbst Summen nach Belieben einstellen zu können, denn da würde die eine Handelskammer opulenter sein, als die andere und der Staat kann unmöglich bloß den Zahler machen und nicht mitthun. In dem Moment, da der Staat die Kosten übernehmen würde, müßte er sich für jede einzelne Ausgabe auch das volle Genehmigungsrecht vorbehalten und damit wäre es mit der Selbstständigkeit der Handels- und Gewerbeämtern aus. Redner kommt auf die Errichtung von Filialen der württemb. Notenbank an einzelnen Plätzen des Landes zu sprechen und betont, daß die württemb. Notenbank die Verhältnisse von Handel, Industrie und Gewerbe unseres engeren Vaterlandes besser kennt und daß sie den Bedürfnissen in einzelnen Fällen eher Rechnung tragen kann, als die Reichsbank. Der Verwaltungsapparat ist bei der württ. Notenbank kleiner beisammen, und es können in besonders wichtigen Fällen kurzer Hand Beschlüsse gefaßt werden, die ein Geschäft rasch erledigen, während der Beamte der Reichsbank an den Buchstaben seiner sehr strengen Vorschriften gebunden ist und hiervon unter keinen Umständen abweichen darf. Der gestellte Antrag, dafür zu sorgen, daß die übrigen württemb. Banknoten auch in Deutschland angenommen werden, wurde allseits unterstützt u. doch drang derselbe nicht durch, vielmehr wurde der Regierungsantrag angenommen, in einzelnen notwendigen Fällen Filialen der württ. Notenbank zu errichten. Redner brachte noch mehrere interessante Einzelheiten des Gewerbetages zum Ausdruck und nach den von der Versammlung beigestimmten Dankworten ging der Vorsitzende Herr Kommerzienrat Sannwald zum Kern der Sache über: „Die Petition des Handels- u. Gewerbevereins Heilbronn über

die in Aussicht genommene Quittungs- und Frachtbriefsteuer, wonach für sämtliche Quittungen bis zum Betrage von 20 M. 10 S. für Frachtbriefe bis zum Frachtwerte von 3 M. ebenfalls 10 S. zu erheben sind. Diese beiden Steuern würden unsere mittleren und kleineren Handels- und Gewerbetreibende in ganz erheblichem Maße neu belasten, während die größeren Betriebe kaum oder verhältnismäßig unbedeutend davon betroffen würden. Es entspann sich hierüber eine lebhaft Debatt. Herr Fabrikant Schaible empfiehlt, sich mit allen Mitteln gegen diese lästigen und unbequemen Steuern zu sträuben, während Hr. Fabrikant Reichert sich nur gegen letztere ausspricht, und es für ratsam hält, neue Vorschläge der Reichsregierung zur Deckung der bewilligten Militärvorlage vorläufig nicht zu machen, da die Regierung schon von selbst damit herantreten wird. Das Letztere bestätigte Herr Maler Hespeler ebenfalls und ersuchte den Herrn Vorsitzenden, die definitive Beschlußfassung dieser Frage bis zur nächsten Versammlung ruhen zu lassen. Es kamen nun die übrigen Steuerprojekte zur Sprache, die für viel richtiger gehalten und mit großer Begeisterung besprochen wurden, u. a. die progressive Einkommensteuer und mit Vorliebe die Zeitungssteuer. Nach dem neuesten Zeitungskatalog existieren in Deutschland ca. 3000 Tages- und Wochenblätter verschiedenen Inhalts. Würden nun diese Zeitungen mit einer Stempelsteuer, wie es in Oesterreich schon seit Jahren gang und gebe ist, belegt, so würde wohl kaum der Zeitungsverkehr eingeschränkt, vielmehr der Zeitungsabonnementspreis bedeutend erhöht, der Abonnent den Stempel doch mitbezahlen und somit die ganze Sache als eine indirekte Steuer betrachtet werden dürfte. Auch der Erbschafts- und Wehrsteuer wurde gedacht; die erstere pertrat Herr Oberlehrer Griesinger. Wenn man von der Thatsache ausgeht, daß jeder Mensch sich irgend welches Eigentum nur auf Kosten der Allgemeinheit zu erwerben vermag, und wenn man bedenkt, daß es die Allgemeinheit, d. h. der Staat ist, welcher dem einzelnen Staatsbürger den Schutz für sein erworbenes Eigentum gewährt, so muß man zu der Schlussfolgerung kommen, daß, wenn der Mensch sich durch den Tod von seinem Eigentum trennt, es hinwiederum der Staat ist, der mit Zug und Recht beanspruchen kann, daß ein Teil des hinterlassenen Erwerbs nunmehr wieder an die Allgemeinheit zurückfalle. Eine Reichserbschaftsteuer, welche die Vererbung kleinerer Vermögensanteile gänzlich frei läßt, dagegen mit der Höhe desjenigen Anteils steigt, welchen der einzelne Erbschaftsempfänger erhält, und welcher ferner steigt mit der Entfernung der Verwandtschaft zwischen Erblasser u. Erbschaftsempfänger, eine solche Steuer würde nicht nur leicht zu erheben sein und dem Reiche große Summen einbringen, sondern sie würde auch namentlich von den weniger bemittelten Klassen als ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit empfunden werden. Herr Fabrikant Schaible trat mit energischen und nicht bei Seite zu stellenden Worten für die Wehrsteuer ein. Dieselbe würde von denjenigen zu tragen sein, welche von der Ableistung ihrer Militärpflicht entbunden sind, sei es durch ein unbedeutendes körperliches Leiden, welches sie nur wenig oder gar nicht an der Ausübung ihres bürgerlichen Berufes hindert, und die bezw. deren Eltern über ein entsprechendes Vermögen oder Einkommen verfügen. In der republikanischen Schweiz existiert eine solche Wehrsteuer, und was dort als recht und billig empfunden wird, würde gewiß im deutschen Reiche ebenso angesehen werden. Da sich niemand mehr zum Wort meldete, wurde der Antrag des Herrn Hespeler angenommen und der offizielle Teil der Versammlung von Herrn Kommerzienrat Sannwald geschlossen mit dem Hinzufügen, daß in ganz kurzer Zeit eine Sitzung anberaumt werden wird, um über eine geeignete Abfassung einer Petition an den hohen Reichstag endgültigen Beschluß zu fassen. Es folgte darauf der gemüthliche Teil der Versammlung, der viele veranlaßte, noch in einem gemeinsamen Gedankenaustausch beieinander zu bleiben.

† Nagold, 24. Nov. Im Jünglingsverein hielt gestern abend vor etwa 25-30 jüngeren und etwa 10 älteren Mitgliedern der Bundesagent des süddeutschen Jünglingsbundes, Herr Mehmke aus Stuttgart, einen zweistündigen, sehr anregenden und ermutigenden Vortrag über die edle Jünglingsvereinsfrage. Er führte verschiedene Beispiele vor,

wie durch den Einfluß der Jünglingsvereine junge Leute tüchtige, zuverlässige, von ihren Meistern und Prinzipalen geschätzte und in ihrem Fach gesuchte Menschen geworden seien, er bemerkte auch, daß nicht nur die Fabrikanten anfangen, den wohlthätigen Einfluß der Jünglingsvereine zu erkennen und die Sache zum Teil durch reiche Beiträge zu unterstützen, sondern daß auch die Behörden ihr ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Von den Jünglingen selbst wußte er rührende Beispiele von opferwilliger Anhänglichkeit an die Jünglingsvereinsfrage anzuführen und schloß diesen Teil seiner Darlegungen mit herzlichen Ermahnungen an die jungen Zuhörer. Dann entwickelte er noch einen sehr fruchtbaren Gedanken, der sich auf die Einrichtung einer älteren Abteilung im Jünglingsverein bezieht. Er betonte dabei, daß erfahrungsgemäß viele reifere Jünglinge gerne in den Verein kämen, wenn das Zusammensein mit den ganz jungen Mitgliedern nicht wäre, und er giebt der Hoffnung Ausdruck, daß durch Einrichtung einer solchen älteren Abteilung (bis zu 30 Jahren) der J.-V. erst seine rechte Bedeutung und Festigung erlangen werde. Freilich würde eine solche Maßregel bedeutende Opfer an persönlicher Thätigkeit erfordern, weshalb sich der Agent zum Schluß an die Freunde der Sache wendete mit der Aufforderung, ihr auch ferner und in gesteigertem Maße ihre Kräfte zu leihen. Der Vorstand, Stadtpfarrer Dieterle, dankte dem Redner für seine anregenden Ausführungen, und zum Schluß stimmte die Versammlung das Bundeslied an.

Teinach, 22. Nov. Im November 1891 wurde von Seiner Majestät dem König die Lostrennung der Gemeinden Teinach, Emberg und Schmied von der Pfarrgemeinde Javelstein und die Neubildung einer Kirchengemeinde aus diesen 3 Orten genehmigt, wodurch ein längst gehegter Wunsch genannter Gemeinden in Erfüllung ging. Nachdem nun in Teinach ein städtisches Pfarrhaus erbaut wurde, fand heute der Einzug des ersten definitiven Seelsorgers statt. Herr Pfarrer Schell, bisher in Zwerenberg, wurde von dortigen Bürgern bis Oberhaugfließ begleitet und da von den hiesigen Pfarrgemeinderäten, welche in 5 Wagen dahin entgegen gefahren waren, abgeholt. Um 12 Uhr fand die Einfahrt in Teinach unter Glockengeläute und Gesang der Schulkinder statt. Die Hauptstraße war mit Tannendäumen, das Pfarrhaus mit Kränzen und Guirlanden reichlich geschmückt. Herr Schullehrer Haug von Teinach begrüßte den Herrn Pfarrer namens der Kirchen-Gemeinde, worauf Herr Pfarrer Schell in der Kirche eine Ansprache an die versammelte Gemeinde hielt. Die Investitur findet am nächsten Sonntag durch Herrn Dekan Braun von Calw statt.

Stuttgart. In einem Teil der Presse wird es als eine vorher nicht bedachte Folge der Verwaltungsnovelle vom 21. Mai 1891 bezeichnet, daß im Fall der Wahl von Bürgerausschussmitgliedern in den Gemeinderat die erforderliche Ergänzung des Bürgerausschusses nicht mehr sofort, sondern erst nach Ablauf eines Jahres stattfinden könne. Der Vorwurf, der hiemit gegen die Regierung erhoben werden will, beruht auf vollständiger Unkenntnis des Gesetzes. Das Verwaltungsgebiß wie auch das Gesetz vom 6. Juli 1849 enthielten über den Zeitpunkt der Vornahme der Bürgerausschusswahlen und über die Vornahme außerordentlicher Ergänzungswahlen gar keine Bestimmung. Erst die Novelle vom 21. Mai 1891 hat diese Lücke ausgefüllt. Nach Art. 9 Abs. 3 des letzteren Gesetzes finden auf die Vornahme außerordentlicher Ergänzungswahlen beim Bürgerausschuss die für den Gemeinderat geltenden Bestimmungen entsprechende Anwendung. Hiernach sind die Gemeindeglieder zu jeder Zeit in der Lage, die Vornahme einer Wahl behufs Ersetzung abgegangener Mitglieder zu beschließen, wenn ihnen dies als Bedürfnis erscheint; sie sind verpflichtet, eine Ergänzungswahl anzubereiten, wenn andernfalls einer der beiden Kollegien beschlußunfähig würde. Hiemit ist die Möglichkeit gegeben, abgegangene Mitglieder des Bürgerausschusses sobald wieder zu ersetzen, wobei übrigens nicht bloß der besondere Fall der Wahl eines Bürgerausschussmitglieds in den Gemeinderat, sondern auch alle sonstigen Möglichkeiten des Abgangs, z. B. durch Tod, Wegzug, Extradition u. s. f., ins Auge zu fassen sind. Wenn zur weiteren Begründung des erhobenen Vorwurfs auf die Verhältnisse in der

Stadt Stuttgart exemplifiziert wird, so ist dieses Beispiel nicht glücklich gewählt. In Stuttgart legte man auf die Möglichkeit sofortiger Ergänzung des Bürgerausschusses nach der Gemeinderatswahl so wenig Gewicht, daß die bürgerlichen Kollegien im Jahre 1878 aus eigenem Antrieb beschloßen, die Bürgerausschusswahlen vom Dezember in den Juni zu verlegen, wobei es bis zum Inkrafttreten der Verwaltungsnovelle von 1891 verblieben ist. Wie in Stuttgart, so fanden auch in einer Anzahl anderer Gemeinden des Landes die Bürgerausschusswahlen vor dem Jahre 1891 nicht mit den Gemeinderatswahlen im Dezember, sondern im Juni statt, obwohl die Kollegien nicht gehindert waren, auch die Bürgerausschusswahlen im Dezember vornehmen zu lassen.

Stuttgart, 23. Nov. Im Druck erschienen ist der Bericht der Finanzkommission über Eingaben, betreffend Heranziehung der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften zur Gewerbesteuer, sowie über die Bitte des Bäckerverbandes, daß den Staatsbeamten die Beteiligung an Konsumvereinen unterjagt werde. (Ref. v. Luz.) Die Kommission beantragt, die ersteren Eingaben der K. Regierung zur Erwägung, die Bitte des Bäckerverbandes zur Kenntnisnahme zu übergeben.

Ulm, 23. Nov. Die in Ulm für eine neue Artilleriekaserne zum Vorschlag gebrachten Baupläne sind von der obersten Militärbehörde sämtlich abgelehnt worden, woraus hier geschlossen wird, daß die neue Feldartillerie-Abteilung nach Cannstatt oder Stuttgart kommt.

Außer 1408648 Evangelischen und 609594 Katholiken zählt Württemberg noch 7451 „sonstige Christen.“ In diesen sind begriffen: 3282 Methodisten und Mitglieder der evangelischen Gemeinschaft, 1639 Baptisten, 509 Zwinglianer und Reformierte, 454 Apostolische und Zwinglianer, 416 Templar und Jerusalemsfreunde, 229 Nazarener, Neulichtliche, 204 Mennoniten, 136 Freireligiöse und Freikirchliche, 133 Griechisch- und Russisch-Katholische, 128 Dissidenten, 67 Altkatholiken, 56 Englische und Schottische Kirche, Presbyterianer, 41 Darsiten, 25 Deutsch-Katholische, 22 Coangelische Bräderkirche.

München, 22. Nov. Die Kammer der Abgeordneten lehnte in ihrer heutigen Sitzung mit 76 gegen 67 Stimmen den liberalen Antrag auf Aufhebung der Steuerfreiheit der Standesherrn ab und nahm nach lebhafter Erörterung den Zentrumsantrag auf Untersuchung über den fiskalischen Umfang dieser Steuerfreiheit behufs Feststellung des Betrages einer eventuellen Ablösung innerhalb der verfassungsmäßigen Zulässigkeit an. Der Minister des Innern sagte die gewünschte Untersuchung zu, die innerhalb der gegenwärtigen Landtagssitzung jedoch kaum abgeschlossen werden könne. Grillenberger's Wort von der noblesse oblige gegenüber erklärt der Minister, hier liege ein begründeter Rechtsanspruch vor. Durch freiwilliges Uebereinkommen sei der Zweck des Antrages erreichbar.

Aus Baden, 21. Nov. Zu dem schrecklichen Vorfall, der sich in Ihringen zugetragen, wird der „Breisg. Ztg.“ folgende neue Lesart gemeldet: Die auf die Hilferufe der Mutter der Verstorbenen herbeieilenden Personen fanden den Dr. Schelldorf am Boden neben seiner bewußtlosen Frau knieend, mit einem Gläschen in der einen Hand, in der anderen ein kleines Messer, doch enthielt das Gläschen Gengengift, wie sich bei Untersuchung desselben nach Aussage des später herzukommenden Arztes erwies. Schelldorf behauptet auch beharrlich, er habe nur Gengengift anwenden wollen, da er die Wahrnehmung gemacht, daß seine Frau Gift genommen habe. Auch teilte derselbe den ihn bewachenden Personen mit, daß er und seine Frau die Absicht gehabt hätten, sich gemeinschaftlich zu vergiften. Es fand sich auch bei der Durchsuchung des in der Nähe befindlichen Bettes ein zum Teil gelehrtes Giftgläschen vor. Die Sache bleibt also immerhin rätselhaft. Erschwerend für Schelldorf ist sein verstocktes, gleichgültiges Benehmen, sowie der Umstand, daß sich der Vorfall unmittelbar nachher ereignete, nachdem die Schwiegermutter erklärt hatte, kein Geld mitgebracht zu haben, während Schelldorf aufs sicherste solches erwartet hatte, sowie, daß Schelldorf erst am 17. d. M. das Gift aus einer Apotheke in Freiburg erhalten hat. Schwer belastend ist für Schelldorf sein

dieses
et legte
ng des
ahl so
en im
en, die
a Juni
en der
Wie
ahl an-
schuß-
en Ge-
n Juni
waren,
er vor-
schienen
ngaben,
Wirt-
die über
staatsbe-
nterfragt
anträgt,
Erwä-
entnis-
ne neue
Bau-
sämlich
n wird,
Lannstatt
609 594
51 „Jou-
3282
Gemein-
und Re-
x, 416
zavener,
religiöse
sch-Ra-
56 Eng-
ner, 41
geliiche
der Ab-
ng mit
rog auf
erren ab
entrun-
gen Um-
ng des
alb der
Minister
ung zu
stägung
Grillen-
egenüber
Rechts-
kommen
redlichen
n, wird
gemeldet:
storbenen
Schelldorf
knieend,
der an-
Gläschen
ben nach
s erwies,
habe nur
nehmung
e. Auch
onen mit,
ot hätten,
ich auch
sündlichen
vor. Die
schwerend
tiges Be-
r Vorfall
e Schwie-
bracht zu
solches er-
um 17. d.
urg erhal-
ldorf sein

Vorleben, in Freiburg hat er in wenigen Jahren ein Vermögen von über 70000 M verschleudert.

Freiburg, 21. Nov. Der prakt. Arzt Schell-
dorf in Ihringen am Kaiserstuhl, welcher am Frei-
tag Nachmittag seine junge Frau nach nur drei-
monatlicher Ehe durch Cyankali getödtet hat, wurde
auf Verfügung der Gerichtsbehörde vorläufig in die
hiesige Irrenklinik verbracht. Er scheint die That
in einem Anfall von Geistesstörung begangen zu
haben.

Bonn, 21. Nov. Das Dunkel über die Er-
mordung eines siebenzehnjährigen Mädchens ist ge-
lichtet. Die Ermordete hat eine Verwechslung
mit dem Leben bezahlen müssen. Ein junger Ehe-
mann wollte seiner Frau, die abends auf verbotenen
Wegen wandelte, aufauern; in der Dunkelheit irrte
er sich in der Person und das unschuldige Mädchen
erhielt den tödtlichen Stich. Der Thäter soll vor
dem Untersuchungsrichter ein Geständnis abgelegt
haben.

Darmstadt, 23. Nov. Die Witwe Hartenau's
empfang, wie die „Deutschen Volksblätter“ melden,
anlässlich des Todes des Grafen Hartenau vom Kai-
ser von Rußland und sämtlichen Großfürsten Bei-
leidstelegramme. Nach demselben Blatte reist Graf
Erbach-Schönberg (Neffe Hartenau's) zur Beisehung
nach Sofia ab. Der Großherzog sendet seinen
Adjutanten Generalmajor Wernher dorthin.

Berlin. Dem Reichstag gingen die Entwürfe
des Tabaksteuer-, des Weinsteuern- und des Stempel-
steuer-Gesetzes zu, sowie der Entwurf, betreffend die
anderweitige Ordnung des Reichsfinanzwesens. Der
Entwurf des Tabaksteuer-Gesetzes entspricht der von
den Blättern bereits veröffentlichten Fassung, ebenso
der Entwurf des Finanz-Gesetzes. Nach der beige-
gebenen Denkschrift ist die Geltung des Gesetzes für
den Zeitraum vom 1. April 1895 bis 31. März 1900
in Aussicht genommen. Die Entwürfe des Stempel-
steuer-Gesetzes und des Weinsteuergesetzes sind eben-
falls in allen wesentlichen Bestimmungen bereits be-
kannt. Der Entwurf des Weinsteuergesetzes setzt die
untere Wertgrenze für den zu versteuernden Natur-
wein auf 50 M. pro Hektoliter fest.

Berlin, 23. Nov. Die Gemahlin des Grafen
Herbert Bismarck ist heute in Schönhausen von
einer Tochter entbunden worden.

Deutscher Reichstag. In Gegenwart des Reichs-
kanzlers Grafen Caprivi und zahlreicher Staatssekretäre
begann der Reichstag am Donnerstag seine eigentlichen
Verhandlungen. Die Einsetzung der gegen die sozialisti-
schen Abg. Sueb und Herbert schwebenden Strafverfahren
wurde für die Dauer der Session beschlossen und alsdann
die erste Lesung der neuen Handelsvertragsverhandlungen
mit Rumänien, Spanien und Serbien begonnen, die zu
sehr animierter Debatte führte. Die Weiterberatung wird
verlagt bis Freitag Mittag. In der Beratung der Han-
delsverträge konnte Abg. Graf Simburg (kons.) keinen
Borteil für das Reich in der neuen Wirtschaftspolitik er-
blicken. Die Reichsregierung schließe Verträge um jeden
Preis ab und lege die Kosten dann der Landwirtschaft auf.
Das sei früher der Fall gewesen und trete auch jetzt wie-
der hervor. Seine Partei werde aber keinem Verträge mehr
zustimmen, welcher der Landwirtschaft neue Opfer auferlege.
Die Regierung könne auch aus den letzten preussischen
Landtagswahlen sehen, wie die Stimmung im Lande sei.
(Beifall rechts, Widerspruch links.) Staatssekretär von
Marshall erklärt, in den vorliegenden Verträgen sei
für das deutsche Entgegenkommen voller Erfolg geleistet.
Die Kritik der Verhandlungen durch den Vorredner sei
wertlos, weil derselbe mit dem Gange der Verhandlungen
ja gar nicht vertraut sei. Unter den neuen Handelsver-
trägen habe unsere Ausfuhr stark zugenommen, die Ein-
fuhr sich vermindert, auch beim österreichischen Roggen.
Ohne die Handelsverträge hätte die deutsche Industrie fast
ihre ganzes Absatzgebiet verloren. Die Agitation des Bun-
des der Landwirte verhindere nur Reformen und erwecke
Hoffnungen, die sich nie erfüllen würden. Auch ohne die
neuen Verträge würde der Kornpreis nicht höher sein.
Der Vorredner habe nichts gegen die neuen Verträge an-
bringen können, deren Annahme der Staatssekretär erhofft.
(Beifall links.) Abg. Ricker (freis.) wendet sich gegen
die Darlegungen des Abg. Graf Simburg-Stirn und
meint, dem heutigen Reichskanzler werde seine Wirtschafts-
politik als ein unselbständiges Verdienst angerechnet werden.
Mit der früheren Politik wären wir in eine Sackgasse ge-
raten. Abg. Lieber (Str.) hält die heutige Wirtschafts-
politik ebenfalls für eine Großthat der neuen Ära, wünscht
aber Kommissionsberatung zur Verhütung futuristischer De-
batten. Abg. Graf Kanitz verteidigt den Bund der Land-
wirte, worauf nach kurzer Bemerkung des Reichskanzlers
die Sitzung bis Freitag verlagt wird.

Nach einer Mitteilung der „Deutsch. Warte“ be-
antragt die Regierung, die Wertsteuer für Natur-
weine auf 15, für Schaumweine auf 20 und für
Kunstweine auf 25 Prozent zu normieren.

Frankreich.
Paris, 24. Novbr. Ein Großfeuer zerstörte
mit furchtbarer Gewalt die Häuser der Martyrer-

straße. Es entstand eine allgemeine Panik unter
den Einwohnern. Dieselben sprangen zahlreich aus
den Fenstern, wobei viele schwer verwundet wurden.
Eine Frau ist lebendig verbrannt.

Belgien.

Brüssel, 23. Nov. In Namur wurden der
Generallieutenant Frommont und dessen Ordonnanz
bei Bearbeitung von Explosivstoffen in der Privat-
wohnung des Ersteren durch eine Explosion furcht-
bar verstümmelt. Dem Generallieutenant wurden
das rechte Auge und vier Finger ausgerissen, der
Bauch geöffnet und das Gesicht zerfetzt; der Ordon-
nanz wurden Hände, Gesicht und Brust zerrissen.

Brüssel, 25. Nov. Die letzte Nachricht vom
Kongo meldet den Tod Muzura Ben Emin, des
Sohnes Emin Paschas. Benemin starb am 27.
August. Dessen Mutter war die Zanzibaritin Na-
mens Asomina. Dieselbe wurde mit ihrem Kinde
und vielen andern gefangen und fiel bei der Ein-
nahme Kirundus in die Hände des Führers der Dualla-
Expedition.

Italien.

Rom, 23. Nov. Ueber das Befinden des Pap-
stes hört die „Str. P.“ aus vatikanischen Kreisen,
daß man lebhaft um ihn besorgt ist, obwohl er nicht
eigentlich krank ist; der Leibarzt Laponi aber be-
merkte, daß der Papst hinfällig und ein plötzliches
Ende leicht eintreten könnte. Man zweifelt, daß der
Papst den Winter überleben wird. — Nach einer
Meldung glaubt man im Vatikan, daß diesmal die
Rückkehr der Jesuiten gesichert sei.

England.

London, 23. Nov. Die Times meldet aus
Rio de Janeiro vom 17. Nov. über Montevideo:
Infolge Explodierens eines Geschosses im Fort Lage
wurden 1 Offizier und 17 Mann getödtet. Die Auf-
ständischen nahmen Fort Lage.

Türkei.

Konstantinopel, 22. Nov. Die Pforte hat
beschlossen, Frauen, welche die nötige Befähigung
haben, die Ausübung der ärztlichen Praxis zu ge-
statten. Dieser Beschluß ist den Anstrengungen des
amerikanischen Gesandten in Konstantinopel zu ver-
danken.

Amerika.

In Montreal in Kanada sind drei junge Leute
französischer Abkunft verhaftet worden, als sie im
Begriff standen, das dortige Nelson-Denkmal in die
Luft zu sprengen. Sie hatten Dynamitpatronen bei-
sieh, durch deren Explosion das Denkmal zweifellos
zerstört und die umliegenden Häuser schwer beschä-
digt worden wären. Unter den Verhafteten, welche
Offiziere in der kanadischen Miliz sind, befindet sich
ein Sohn des (wegen Betrugs abgesetzten) früheren
kanadischen Ministerpräsidenten Mercier. Die Ver-
schwörung wird auf die Agitationen der französischen
Presse in Quebec gegen die englischen Einrichtungen
zurückgeführt.

Kleinere Mitteilungen.

Altensteig, 26. Nov. Mit dem Winter hat
sich in einigen unserer Nachbarorten wieder ein ganz
ungeheurer Gast eingestellt, nämlich das Scharlach-
fieber. In Altensteig-Dorf und in Fünfbrunn haust
die gefürchtete Krankheit in bedenklicher Weise. Nicht
nur kleinere Kinder, auch Schüler von 11—13 Jah-
ren starben in jüngster Zeit am Scharlach. Einigen
Elternpaaren sind schon mehrere Kinder von dieser
Krankheit in wenigen Tagen hinweggerafft worden.
Auch Väter und Mütter von scharlachkranken Kin-
dern sind von der Krankheit angesteckt und liegen
bedenklich krank. Hier selbst kamen seit acht Ta-
gen einige leichtere Fälle von Halsbräune vor, die
aber günstigen Verlauf nahmen.

Waldfee, 21. Nov. Welcher Opferwilligkeit ein
treuer Freund ist, beweist wohl zur Genüge Nachstehendes.
Ein junger Mann aus hiesiger Gegend befand sich in Al-
gier bei der französischen Fremdenlegion, zu welcher er sich
freiwillig hatte anwerben lassen. Da derselbe diesen Schritt
bereute und sich nach der Heimat zurücksehnte, benachrich-
tigte er seinen Freund von seinem Gemüthsstande. Dieser
machte sich auf die Reise nach Algier und kam auch glück-
lich in der dortigen Hafen- und Garnisonsstadt Oran an.
Dort war ihm das Hotel bezeichnet, indem er Logis nahm.
Hernach spazierte er mit einem Packeten unter dem Arm
vor den Fenstern des bezeichneten Gasthauses auf und
ab, bis ihn sein Mann bemerkt hatte. Nun begaben sich
die Freunde zusammen nach einem einsamen Berge in der
Nähe Orans. Hier leistete sich der französische Soldat
mit der für ihn in dem Paket enthaltenen Zivilkleidung
un, wonach die Flucht sofort stattfand. Vorgestern ge-
langten beide wohlbehalten hier an und hat sich der aus

der Fremdenlegion Zurückgekehrte bereits der diesbezüglichen
Behörde behufs Antritts seiner Militärpflicht gemeldet.
Zwickau, 21. Nov. In Zwickau hat ein siebenjähriger
Knabe sein ihm zur Aufsicht übergebenes Brüberchen in
der Stube mit dem Gewehr seines Vaters erschossen. Nach-
dem er den Leichnam in die Wiege gelegt hatte, floh der
kleine Mörder.

Mannheim, 23. Nov. Vor einigen Tagen
wurde ein 8jähriger Knabe im hiesigen Rheinhausen
als Leiche aufgefunden. Die Befichtigung der Leiche
ergab, daß hier ein Mord vorliegen muß, denn dem
Knaben waren die Gliedmaßen zerbrochen und zer-
stümmelt und ihm außerdem der Schädel zertrümmert
worden. Der That dringend verdächtig ist die
Stiefmutter des Knaben.

Solingen, 18. Nov. Eine große Anzahl
Ehegeschickungen, die in letzter Zeit vollzogen wur-
den, sollen amtlicherseits für ungültig erklärt wer-
den, da diese Ehen nicht auf gesetzlichem Wege zu-
stande gekommen sein sollen und zwar aus folgen-
den Ursachen: Der als Standesbeamter fungierende
Sohn des Oberbürgermeisters ist seit längerer Zeit
ernstlich erkrankt und einen Stellvertreter hat der-
selbe bis heute noch nicht gehabt. Während der
Krankheit des Standesbeamten sind nun die vorge-
nommenen Arbeiten des Standesamts, wie Ehegeschick-
lungen, Sterbefälle, Geburten u. s. w. vom Ober-
bürgermeister, sowie von dem 1. Beigeordneten be-
urkundet, bezw. geschlossen worden, ohne daß letz-
tere die gerichtliche Befugnis dazu hatten. Betreffs
der Sterbefälle und Geburten sind die Beteiligten
zum größten Teil schon neuerdings zum Standes-
amt geladen, um die Anzeigen nochmals vor einem
rechtsgültigen Standesbeamten zu machen. Der
Staatsanwalt in Elberfeld hat sich bezüglich der
Gültigkeit dieser Ehen weitere Entscheidung vorbe-
halten, die bis jetzt noch nicht eingetroffen ist, und
begreiflicherweise mit großer Spannung, besonders
bei den in erster Linie betroffenen Ehepaaren er-
wartet wird. Es sollen dieser Paare ungefähr 70
bis 80 sein.

Einen strengen, schneereichen Winter prog-
nostizieren übereinstimmend die wissenschaftliche Me-
teorologie und der Volksglaube. Der Gothaer Me-
teorologe H. Habenicht, dessen Wetterprognosen sich
in Fachkreisen eines großen Ruhmes erfreuen, sagt
in einem der letzten „Eis und Wetterberichte vom
Nordatlantischen Ozean,“ daß die andauernde Trok-
kenheit des Sommers, die auch durch die Niederschläge
des September und vielleicht Oktober nicht ersetzt
werden könne, einen niedrigen Grundwasserstand her-
vorrufen werde, und die Folge davon werde wieder
ein strenger Winter sein. Im hohen Norden, nörd-
lich von Neufundland und östlich von der Belle Isle-
Straße, wurde eine ungewöhnlich große Zahl von
Eisbergen beobachtet. Deren mildernde Wirkung auf
das Klima Europas dürfte sich aber, wenn überhaupt,
erst im nächsten Frühjahr geltend machen. — In
Belgien leitet der Volksglaube die Wahrscheinlichkeit
eines harten Winters aus dem Umstand her, daß
nach aus den Ardennen eingegangenen Berichten ganze
Rudel Wölfe auftreten. Auch der Antwerpener
wetterkundige Major Baelput kündigt vom Januar
1894 ab einen sehr harten, schnee- und frostreichen
Winter an.

Mayen, 23. Nov. Vor einigen Tagen warf
ein junger Bursche bei einem Wortwechsel, den er
mit seiner Mutter wegen Hergabe von 50 M hatte,
derselben die brennende Petroleumlampe an den Kopf.
Die Frau ist an den erlittenen Brandwunden gestorben.
Der Uebelthäter wurde festgenommen.

Eine gefährliche Bande. In Paris wurde,
wie dem „Wiener Fremdenbl.“ von dort telegraphiert
wird, der langgesuchte Hauptmann der jogen. Nasen-
beißbande verhaftet. Zu dieser Bande zählten sich
Straßenräuber, welche die Gewohnheit hatten, jedes
ihrer Opfer durch Abbeißen der Nase zu verstümmeln.
Das Reisegepäck des Zaren besteht aus nicht
weniger als 300 Koffern und ist genau zweimal so groß
als das der Prinzessin von Wales. Die Koffer des Kai-
sers fällen 14 Eisenbahngespäckwagen.

Cheviot od. Buxin für einen ganzen Anzug zu
Mk. 5.75,
Belour od. Kamungara für einen ganzen Anzug zu
Mk. 7.75

Je 3 Mtr. 00 Cnt. berechnet für den ganzen Anzug ver-
senden direkt an Jedermann Erstes deutsches Tuchverhand-
geschäft Lettinger & Co. Frankfurt a. M. Fabrik-Depot,
Muster franko i. Haus. Nicht passendes wird zurückgenommen.

Redaktion, Druck und Verlag der G. B. Zaiser'schen
Buchhandlung (Emil Zaiser) Magold.



Ueberberg, O. Nagold.
Nadelstammholz-Verkauf
 auf dem Stock im schriftlich-
 Aufstreich (Submission).

Aus dem Gemeindewald Enzwald, Abt. 2, 4, 5, 6 und Scheidholz ca. 860 Stämme mit ca. 1250 Fm. Tannen, aus dem Gemeindewald Echau, Abt. 2 ca. 160 Stämme mit ca. 80 Fm. Forchen und Scheidholz aus Echau, Brand, Langenhau ca. 50 Fm. Forchen und Tannen.

Angebote sind in Prozenten des Revierpreises vom Forstamtsbezirk Wildberg bis längstens

den 30. November 1893,
 mittags 12 Uhr,

schriftlich verschlossen mit der Aufschrift „Gebot auf Stammholz der Gemeinde Ueberberg“ bei dem Schulth.-Amt Ueberberg portofrei einzureichen.

Die Eröffnung, welcher die Bietenden anwohnen können, findet am gleichen Tage, nachmittags 2 Uhr, auf dem Rathhause hier statt. Das zum Hieb kommende Stammholz ist ausgezeichnet und wird auf Verlangen vorgezeigt. Die Verkaufsbedingungen und sonstige Auskunft teilt mit
 das Schulth.-Amt. Rapp.

Egenhausen.
**Schafweide-
 Verpachtung.**

Die hiesige Schafweide, welche im Vorfrommer mit 300 Stück und im Nachfrommer mit 350 Stück Schafen besahren werden kann, wird am

Montag den 4. Dezember, nachm. 1 Uhr,

in öffentlichem Aufstreich auf dem hies. Rathhause auf die nächsten 3 Jahre verpachtet, wozu Liebhaber eingeladen werden.

Schultheißenamt.
 Hauser.

Ffelshausen.
180 Mark
 hat gegen gefahrl. Sicherheit zu 4 1/2% auszuleihen

Kirchenpflege. Hauser.

**Stockholz-
 Verkauf.**

Unterzeichneter verkauft am Donnerstag den 30. Nov., mittags 1 Uhr, sämtliche Stöcke, welche am Straßenbau der oberen Nagoldthalstraße, von der Hochdorfer Steige bis zur Finkbeiner Pfaffenstube, angefallen sind, losweise. Zusammenkunft an der Hochdorfer Steige.
 Unternehmer Kirschmann.

Oberschwandorf.
Fuhrakford.

Am Donnerstag d. 30. Nov. d. J., nachmittags 2 Uhr, werde ich im Gasth. „zum Hirsch“ hier die Befuhr von Schnittholzen und Bauholz auf den Bahnhof Nagold sowie die Befuhr von ca. 200 Festm. Langholz auf meine Säge in Alford vergeben.

Joh. Müller,
 Sägewerksbes.

Auf's unübertroffenen
Universalfitt
 tittet alles Zerbrochene. Zu haben bei
 Jaf. Walz, Handl. in Wildberg.

Ämtliche und Privat-Bekanntmachungen.

Nagold.

Fahrnis-Verkauf.

In der Nachlasssache des Hrn. Oberamtswundarztes Dr. Gmelin kommt in der bisherigen Wohnung des Erblassers, Marktstr. Nr. 144 hier, am Donnerstag den 30. November und am darauffolgenden Freitag, von vormittags 8 1/2 Uhr an,

die vorhandene Fahrnis, bestehend in:



Geschmuck von Gold und Silber, Silbergeschirr, Büchern, vielen und guten Mannsleidern, Leibweiszeng, Bettgewand und Leinwand, vielem ziemlich neuen Schreinwerk, namentlich einer Wohn- und Schlafzimmer-Einrichtung in eichen, polierten und lackierten Möbeln, Bettladen mit Kössen und Roßhaar-Matrazen, Kleiderkästen, 1 Küchenbuffet, Tischen, Sophas, Sesseln, Küchengeräth und allerlei Hausrat, Spiegel, 1 neuen Nähmaschine, 1 Velociped nebst Kasten, 1 Hundshütte, 1 zinkenen Badewanne, ca. 1 Eimer Most, dem Vorrat an Flaschenwein, Kartoffeln, Coaks und Anthracitkohlen, gegen bare Bezahlung im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf, wozu die Liebhaber eingeladen werden.
 Den 23. November 1893.

K. Gerichts-Notariat.

Oberamtsstadt Nagold.

Die Stadtgemeinde Nagold verkauft am Montag den 27. d. Mts., mittags 3 Uhr, die Gebäude Nos. 256, 268, 269 und 270 an der hinteren Gasse gelegen,

auf den Abbruch.

Die Bedingungen können beim Stadtbauamt eingesehen werden. Der Verkauf findet auf der Stadtpflege statt.

Stadtbaumeister Schmidt.

Eisbahn betreffend.

Zu einer Besprechung wegen Herstellung einer gefahrlosen Eisbahn wie im vorigen Winter werden sämtliche Freunde der Sache auf Montag den 27. Nov. d. J., abends 7 1/2 Uhr, in das Gasthaus „zum Schiff“ hier eingeladen.

Oberlehrer H. Griesinger. Oberamtmann Vogt.

Losungs-Büchlein

für das Jahr 1894, Preis 60 Pfg., sind vorrätig
 in der G. W. Zaiser'schen Buchhandlung.

Warnung.
 Der große Erfolg, den unser
H-Stollen
 errungen, hat Anlass zu verschiedenen werthlosen Nachahmungen gegeben. Man kaufe daher unsere
**Stets scharfen
 H-Stollen**
 (Kronentritt unmöglich) nur von uns direct, od. nur in solchen Eisenhandlungen, in denen unser Plakate (Rother Husar im Hufeisen) ausgehängt ist. Preislisten und Zeugnisse grat. u. franco.
Leonhardt & Co.
 Berlin, Schillbaurdamm 3.

Christbaumkonfekt,
 hochfein, incl. Nisse, ev. 240 große oder 440 kleine Stück enthaltend, für M. 2.50 per Nachn.
 M. Metzsch, Dresden A. 4.

Rattentod
 (Gelig Zimmisch, Delitzsch)
 ist das beste Mittel, um Ratten und Mäuse schnell und sicher zu vertilgen. Unschädlich für Menschen und Haustiere. Zu haben in Packeten zu 50 Pfg. und zu 1. // bei Gottlob Schmid in Nagold.

Heinrich Fellner's
 bester
Kräuterliqueur,
 (Fabrik-Kof in Bayern)
 weit und breit bekannt von seinem aromatischen Geschmack, ist unstreitig einer der besten und preiswertesten Magen- & Tafelliqueure. Zu haben in Nagold bei H. Lang, Conditior.

Nagold.
 Es kann täglich 10-12 Liter
Milch
 abgeben Johs. Walz, Schuhmacher.

Nagold.
Dienstmädchen-Gesuch.
 Ein solides Mädchen findet zur Ver-
 sorgung des Stalles Stelle sofort —
 wo? sagt
 Metzger Hauser.

Mosers
**MALZ-EXTRACT-
 MUSTEN-BONBONS**
 sind
 äusserst
 wirksam.
 Niederlagen sind durch Plakate ersichtlich.

**CHOCOLAT
 Buchard**
 Vereinigt vorzüglichste
 Qualität mit mässigem Preise
Preis-Medaille
 Weltausstellung Chicago.
 Niederlage in Nagold bei
 Hch. Gauss und Hch. Lang.

Effringen.
 Donnerstag den 30. November
 (Andreasfeiertag)



Metzelsuppe.
 mit gutem neuem Wein, wozu einladet
J. Röhm „Hirsch.“
 Derselbe hat auch etwa 30 schöne
Zwetschgenbäume
 und ein 1 1/2-jähriges
Stutenjohlen
 (Glanztrappe, Prachtexemplar)
 zu verkaufen.

Wildberg.
Einladung.

Alle im Jahr 1843 und 1853 Geborene laden wir auf
 Donnerstag (Andreasfeiertag),
 abends 6 Uhr,

zu einer
geselligen Unterhaltung
 in das Gasthaus „Lilien“ freundlichst ein.

Mehrere Altersgenossen.

Nagold.
**Puppenköpfe,
 Puppengestelle**
 in großer Auswahl empfiehlt billigt
 Carl Pflumm.

Schönbrunn.
 Unterzeichneter verkauft ein Quantum
Heu & Stroh
 sogleich wegen Auszugs.
 Joh. Hauser, Bäcker.

Das seit ca. 15 Jahren rühmlichst bewährte
 Oberstabsarzt Dr. Schmidt'sche
Gehör-Oel
 verbessert von Dr. Deutsch, beseitigt jede temporäre Taubheit, Schwerhörigkeit, Ohrenschmerzen etc. selbst in veralteten, hartnäckigen Fällen. Empfohlen von vielen Ärzten. Autentische Probe gratis. Liegen im Original zur Ansicht vor. Gegen Einleitung von 4 Mark zu haben mit Gebrauchsanweisung, Spritze etc. von
 General-
 Depot
M. Jacoby.
 Berlin, Grünstraße 17/18.

Backpapier
 in Rollen und Bogen
 bei
 G. W. Zaiser.

Fruchtpreise:
 Nagold, den 25. Novbr. 1893.

Neuer Dinkel	7 20	6 67	6 —
Weizen	8 80	8 70	8 60
Roggen	—	8 30	—
Gerste	7 80	7 46	7 —
Haber	7 90	7 64	7 50
Bohnen	7 60	7 51	7 30
Erbfen	—	—	—

Wiktualienpreise.

1 Pfund Butter	1 M.	05	4
2 Eier	—	13	4

Altensteig, den 22. November.

Neuer Dinkel	7 30	6 92	6 50
Haber	8 70	8 34	8 —
Gerste	8 40	8 05	8 —
Bohnen	8 80	8 62	8 50
Roggen	9 —	8 47	8 30
Weißstorn	—	7 50	—